

SCHWEIZ

Dienstag, 2. April
«Kleine» Aussenpolitik

Das nahe Ausland erhält Priorität

Schweiz Dossier: Die Schweiz und Europa Dienstag, 2. April



Der Flugführer hat die Augen geöffnet für die Wichtigkeit der Beziehungen zum grenznahen Ausland. (Bild: Christian Beutler / NZZ)

Der Bundesrat hat die Beziehungen zu den grenznahen Regionen zur Priorität erklärt. Konflikte in den Grenzregionen sollen frühzeitig erkannt und entschärft werden. Der vor einem Jahr eingesetzte Sonderbeauftragte zieht eine Zwischenbilanz.

Simon Gemperli

Vor rund einem Jahr hat Bundesrat Didier Burkhalter einen neuen Botschafterposten geschaffen: den Sonderbeauftragten für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Das Medienecho wäre wahrscheinlich grösser gewesen, hätte er einen Spezialbotschafter für das südchinesische Meer ernannt. Denn lange hat die grenzüberschreitende Zusammenarbeit als Teil der Schweizer Aussenpolitik ein Mauerblümchendasein gefristet. Der Dezibel-Streit rund um den Flughafen Zürich öffnete aber die Augen für Zusammenhänge zwischen der «grossen» Aussenpolitik als Angelegenheit der Hauptstädte und der «kleinen» Aussenpolitik in den Grenzregionen.

Der Sonderbeauftragte für die angeblich «kleine» Aussenpolitik ist ein Diplomat, der mehr als die Hälfte seiner Karriere in Asien verbracht hat, zuletzt als Generalkonsul in Schanghai. Für Hans Jakob Roth ist das weder ein Handicap noch ein Widerspruch. Er sieht sich nicht als Experte für Neat-Zubringerstrecken oder Interregio-Projekte. Roth hat im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) früher jene Abteilung aufgebaut, die Diplomaten für kulturelle Eigenheiten und Unterschiede sensibilisiert und sie entsprechend schult. Jetzt begleitet und berät er Verantwortungsträger in Grenzregionen und koordiniert in Bern die Nachbarschaftspolitik.

Neue Prioritäten

«Kulturelle Unterschiede spielen in der Aussenpolitik eine grosse Rolle, weil sie sich in anderen ordnungspolitischen Strukturen äussern», sagt Roth. Gehe es um den grenznahen Raum in Frankreich und in Italien, müsse das EDA viel stärker involviert sein, weil die Entscheidungen in Paris oder in Rom getroffen würden. In Deutschland und Österreich hätten die Kantone in vielen Bereichen direkte Ansprechpartner in den lokalen Regierungen.

Die Schaffung eines Sonderbeauftragten für grenzüberschreitende

Beziehungen ist eine Folge einer geänderten aussenpolitischen Strategie des Bundesrats. Burkharter, Nachfolger der weitschweifenden Aussenministerin Micheline Calmy-Rey, erklärte die Beziehungen zu den Nachbarstaaten zur Priorität. Botschafter Roth versteht sich als präventiven Feuerwehrmann. Es gelte, potenzielle Brandherde zu erkennen, bevor sie Feuer fangen und womöglich bis auf nationale Ebene «hochkochen». Wenn die Hauptstädte die Federführung übernehmen, ist die Schweiz tendenziell im Nachteil.

Die Begleitmassnahmen zur Personenfreizügigkeit führen immer wieder zu Konflikten mit den Nachbarregionen. Über die Frage etwa, ob eine achttägige Meldefrist für ausländische Dienstleistungserbringer rechtmässig und angemessen ist, konnte man sich in den zwischenstaatlichen Gremien nie einigen. Eine Schlichtungsinstanz gibt es nicht. Zusammen mit den Nachbarländern, etwa im Rahmen der trinationalen Arbeitsgruppe Deutschland-Österreich-Schweiz, werden auf technischer Ebene Lösungen gesucht, unter Einbezug der Lokalregierungen und der Verbände.

Gestärkte Grenzregionen

Botschafter Roth reist seit einem Jahr unentwegt durch die Grenzregionen. Persönliche Kontakte seien gerade in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit eminent wichtig. Er ist überzeugt, dass Europa vor allem in den Grenzregionen zusammenwächst und dass die Lokalregierungen in Zukunft noch stärker in die regionale Aussenpolitik involviert werden. Mit Spannung verfolgt er die Entwicklung im Elsass, wo am 7. April in einer Volksabstimmung über die Zusammenführung der Departemente Haut und Bas Rhin entschieden wird. Die Territorialité d'Alsace, wie die neue Verwaltungseinheit heissen würde, dürfte nach Einschätzung Roths auch Kompetenzen im grenzüberschreitenden Raum zugesprochen erhalten.

Infrastrukturprojekte sind ein wichtiger Bestandteil der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Wegen der grossen Lücken in den Staatskassen der umliegenden Länder muss die Schweiz Verzögerungen in Kauf nehmen, allenfalls kann sie eine Vorfinanzierung anbieten. Was die Neat-Zuläufe in Italien und in Deutschland betrifft, habe man in den Lenkungsausschüssen substanzielle Fortschritte erzielt. «Wir gehen davon aus, dass die Kapazitätserhöhung rechtzeitig – das heisst dann, wenn dies aufgrund der Verkehrsnachfrage nötig ist – zur Verfügung stehen werden.

Eigenwillige Kantone

Mit Machtpolitik kommt die Schweiz bekanntlich nicht sehr weit. Immer wieder aber stellt sich die Frage, ob man verschiedene Sachgeschäfte koppeln sollte, um mehr Verhandlungsmacht zu erlangen. Botschafter Roth ist vorsichtig mit allgemeinen Empfehlungen. Mit einer sektorübergreifenden Handlungsstrategie verliere man unter Umständen an Flexibilität. Die Ankündigung der aargauischen Regierung, wegen des Fluglärmstreits die Elektrifizierung der Hochrheinbahn nicht mehr zu unterstützen, ist unter den Nordostschweizer Kantonen umstritten. Der Sonderbeauftragte des Bundes will diesen Schachzug nicht qualifizieren. Der Aargau habe seinen in der Bundesverfassung verankerten Spielraum genutzt, um seinerseits ein Zeichen zu setzen, sagt Roth. Die Schaffung eines Koordinators beim Bund heisst noch lange nicht, dass die Kantone «ihre» Aussenpolitik abtreten.